Fax (030) 227-56778

E-Mail pressestelle@ fdp-bundestag.de

WWW.FDP-FRAKTION.DE



Presseinformation Nr. 284

11. April 2013

BERNSCHNEIDER:

Politische Panikmache und Schnellschüsse nach Unicef-Studie sind unangebracht

BERLIN. Zur aktuell veröffentlichten Studie von UNICEF zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland erklärt der jugendpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Florian BERNSCHNEIDER:

Zunächst bleibt festzuhalten, dass Deutschland sich in den fünf objektiv gemessenen Dimensionen der Studie erheblich verbessert hat. So nimmt Deutschland in der Suchtprävention einen Spitzenplatz ein und in der Dimension "Bildung" liegen wir in der Spitzengruppe (Platz drei).

Die Verschlechterung Deutschlands in der sechsten Dimension, die mit subjektiven Befragungen erhoben wird, gibt Anlass zur Diskussion, sollte aber nicht zu politischen Schnellschüssen verleiten. Lebenszufriedenheit von Kindern und Jugendlichen in Spanien und Griechenland Spitzenplätze einnimmt, obwohl in diesen Ländern dramatische Raten von Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet werden, gibt Anlass, die Ergebnisse dieser Dimension kritisch zu reflektieren. Unicef selbst räumt erhebliche zeitliche Verzögerungen in der Datenerfassung ein wie auch eine notwendige, aber fehlende regionale Differenzierung. Auch ein erheblicher Abfall der Lebenszufriedenheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist zu den Vergleichsstudien nicht erkennbar. Während Anfang der 2000er noch knapp über 85 Prozent eine positive Bilanz ihrer Lebenszufriedenheit gezogen haben, ist dieser Wert nun auf knapp unter 85 Prozent gefallen. Wir sollten statistische Fehlertoleranzen nicht zum politischen Skandal aufblähen. Wenn Deutschland nun neun Plätze im Vergleich zur Vorstudie verliert, sollte nicht unberücksichtigt bleiben, dass acht weitere Länder im aktuellen Vergleich hinzugekommen sind.

Ohne Frage müssen wir auch diese subjektiv erhobenen Ergebnisse der Studie trotzdem ernst nehmen. Wollen wir aber eine verlässliche Diskussionsgrundlage schaffen, brauchen wir differenziertere Erhebungen für Deutschland, die sowohl die zeitlichen Verzerrungen beseitigen als auch ein regional differenziertes Bild ermöglichen. Das zuständige Bundesministerium der Familie sollte deswegen prüfen, ob eine solche Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann.